

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der
Richtlinien 72/159/EWG, 72/160/EWG und 72/161/EWG auf dem
Gebiet der Agrarstrukturen

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Aussetzung der Investi-
tionsbeihilfen in der Milchproduktion

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der
Entscheidung 76/402/EWG betreffend die Höhe der in der Richt-
linie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaft-
lichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Italien

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der
Entscheidung 81/598/EWG über die Höhe der in der Richtlinie
72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen
Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Irland

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der
Entscheidung 82/438/EWG zur Ermächtigung bestimmter Mitglied-
staaten zur Anhebung der in der Richtlinie 72/159/EWG über die
Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen
Zinsvergütung

"EG-Dok. 4049/84"

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes zu den Verträgen vom
25. März 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundes-
kanzleramtes vom 26. Januar 1984- 14 - 680 70 - E - AG 865/84 -.

Diese Vorlagen sind mit Schreiben des Herrn Präsidenten der
Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 5. Januar 1984
dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften
übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments zu den genannten Kom-
missionsvorlagen ist vorgesehen.

Mit der unmittelbar bevorstehenden Beschlußfassung durch den
Rat ist zu rechnen.

Zur Information wird gleichzeitig die von der Kommission der
Europäischen Gemeinschaften zu ihren Vorlagen übermittelte
Begründung beigelegt.

BEGRÜNDUNG

Am 10. Oktober 1983 hat die Kommission dem Rat den Vorschlag einer Verordnung zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur sowie den Vorschlag einer Verordnung zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 355/77 über eine gemeinsame Massnahme zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1820/80 zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung in den benachteiligten Gebieten von Westirland vorgelegt.
/_Dok. KOM (83) 559 endg. vom 10. Oktober 1983_/_.

Diese Vorschläge werden zur Zeit im Rat diskutiert. Es erweist sich jedoch, dass die unternommenen diesbezüglichen Anstrengungen nicht erlauben, den Rat in die Lage zu versetzen, vor dem 31. Dezember 1983 über diese Vorschläge zu entscheiden. An diesem Datum läuft jedoch die Anwendungsperiode für die Richtlinie 72/159/EWG, 72/160/EWG und 72/161/EWG sowie für die Richtlinie 75/268/EWG aus.

Um eine Unterbrechung der Strukturpolitik zu vermeiden, ist es daher unumgänglich, dass der Rat die Anwendungsperiode der genannten gemeinsamen Massnahmen um 6 Monate verlängert.

Angesichts der Lage auf den Kapitalmärkten in den Mitgliedstaaten und der Bedeutung, die sie für die Durchführung der Strukturpolitik hat, muss die Erhöhung der Höhe des in der Richtlinie 72/159/EWG vorgesehenen Zinszuschusses, die in den Entscheidungen des Rates 82/437/EWG und 82/438/EWG vom 24. Juni 1982 sowie in der Entscheidung des Rates 81/598/EWG vom 27. Juli 1981 für Italien, Griechenland und Irland vorgesehen ist, ebenfalls um 12 Monate verlängert werden.

./.

Die Kommission ist der Ansicht, daß eine Verlängerung der sozio-strukturellen Richtlinien von 1972 den Bedingungen, unter denen diese Richtlinien zum gegenwärtigen Zeitpunkt Anwendung finden müssen und infolgedessen bestimmten Aspekten der im Oktober vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere bezüglich der Betriebsentwicklungspläne, Rechnung tragen muß.

Außerdem ist die Situation auf dem Markt für Milchprodukte in der Gemeinschaft gekennzeichnet durch strukturelle Überschüsse, die aus einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage resultieren.

Im Rahmen der Anpassung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik hat die Kommission dem Rat spezifische Vorschläge zur Wiederherstellung eines ausgewogeneren Verhältnisses zwischen Produktion und Markterfordernissen gemacht.

Eine Verlängerung der gemeinschaftlichen Vorschriften im Bereich der Investitionsbeihilfen kann weder diese Situation noch die Produktionsziele der Gemeinschaft ignorieren. Aus diesem Grunde schlägt die Kommission vor, vorübergehend die Anwendung dieser Richtlinie in dem spezifischen Bereich der Milchherzeugung, d.h. die Gewährung jeglicher gemeinschaftlicher oder nationaler Beihilfe zu Investitionen in diesem Produktionsbereich, ausgenommen diejenigen, die in bestimmten schwierigen Regionen gewährt werden, vorübergehend auszusetzen.

Vorschlag für eine
RICHTLINIE DES RATES

vom

zur Änderung der Richtlinien 72/159/EWG, 72/160/EWG und 72/161/EWG auf dem Gebiet der Agrarstrukturen.

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 16 der Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe (1), Artikel 7 der Richtlinie 72/160/EWG des Rates vom 17. April 1972 zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und der Verwendung der landwirtschaftlich genutzten Fläche für Zwecke der Strukturverbesserung (2) und Artikel 9 der Richtlinie 72/161/EWG des Rates vom 17. April 1972 über die sozio-ökonomische Information und die berufliche Qualifikation der in der Landwirtschaft tätigen Personen (3), jeweils zuletzt geändert durch die Richtlinie 82/436/EWG (4), sehen vor, dass die vorgesehene Dauer der Durchführung der in diesen Richtlinien genannten gemeinsamen Massnahmen bis zum 31. Dezember 1983 begrenzt ist.

./.

-
- (1) ABl. Nr. L 96 vom 23.4.1972, S. 1
(2) ABl. Nr. L 96 vom 23.4.1972, S. 9
(3) ABl. Nr. L 96 vom 23.4.1972, S. 15
(4) ABl. Nr. L 193 vom 3.7.1982, S. 37

Die Kommission hat am 10. Oktober 1983 dem Rat Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit der Strukturen der Landwirtschaft übermittelt, die die in den vorgenannten Richtlinien genannten Maßnahmen ersetzen sollen.

Gemäß Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik ⁽¹⁾ ist die vorgesehene Dauer für die Durchführung dieser gemeinsamen Maßnahmen bis zum 30. Juni 1984 zu verlängern, um die Kontinuität zu gewährleisten, die auf diesem Gebiet unerlässlich ist, bis die vorgeschlagenen Maßnahmen Anwendung finden, unter Berücksichtigung bestimmter Aspekte der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat Schwierigkeiten dargelegt, die sich in diesem Land bei der Anwendung der Richtlinie 72/160/EWG ergeben; es ist daher angezeigt, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu ermächtigen, die Anwendung dieser Richtlinie auszusetzen. -

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN :

Artikel 1

1. Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 72/159/EWG erhält folgende Fassung:

"(1) Die vorgesehene Dauer für die Durchführung der gemeinsamen Maßnahme ist bis zum 30. Juni 1984 begrenzt."

2. Artikel 7 Absatz 1 erster Unterabsatz der Richtlinie 72/160/EWG erhält folgende Fassung:

"Die vorgesehene Dauer für die Durchführung der gemeinsamen Maßnahme ist bis zum 30. Juni 1984 begrenzt."

3. Artikel 9 Absatz 1 der Richtlinie 72/161/EWG erhält folgende Fassung:

"Die vorgesehene Dauer für die Durchführung der gemeinsamen Maßnahme ist bis zum 30. Juni 1984 begrenzt."

(1) ABL. Nr. L 94 vom 28.4.1970, S. 13

Artikel 2

Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, den in den Artikeln 2, 4 und 8 der Richtlinie vorgesehenen Entwicklungsplan durch einen Betriebsverbesserungsplan zu ersetzen, aus dem anhand einer Rentabilitätsberechnung hervorgeht, dass die in diesem Plan vorgesehenen Investitionen wirtschaftlich rentabel sind und eine dauerhafte Verbesserung der Betriebsergebnisse zur Folge haben.

Artikel 3

Die Bundesrepublik Deutschland wird ermächtigt, die in der Richtlinie 72/159/EWG vorgesehenen Massnahmen nicht anzuwenden.

Artikel 4

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel, am

Im Namen des Rates
Der Präsident

VORSCHLAG EINER
VERORDNUNG DES RATES

vom

zur Aussetzung der Investitionsbeihilfen in der Milchproduktion.

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1946/81 des Rates vom 30. Juni 1981 zur Beschränkung der Investitionsbeihilfen in der Milchproduktion (1) ermächtigt die Mitgliedstaaten, Beihilfen zu Investitionen im Bereich der Milchproduktion zu gewähren;

Zur Verwirklichung der Produktionsziele der Gemeinschaft und insbesondere des Zieles der Wiederherstellung des Gleichgewichtes auf dem Markt für Milcherzeugnisse in der Gemeinschaft ist es erforderlich, vorübergehend jegliche Gewährung von Beihilfen zu Investitionen, die unmittelbar die Milcherzeugung betreffen, auszusetzen;

Diese Aussetzung der Beihilfen muss jedoch den besonderen Produktionsbedingungen in benachteiligten Gebieten Rechnung tragen für die keine alternativen Produktionsmöglichkeiten bestehen, wie die Berggebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG des Rates vom 28. April 1975 über die Landwirtschaft in Berggebieten und in bestimmten benachteiligten Gebieten (2) oder Gebiete in denen die Entwicklung der Struktur der Rindviehhaltung in spezifischen Massnahmen vorgesehen ist,

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

./.

(1) ABL. Nr. L 197 vom 20.7.1981, S. 32

(2) ABL. Nr. L 128 vom 19.5.1975, S. 1

Artikel 1

Abweichend von den Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1946/81 des Rates ist für den Zeitraum bis 30. Juni 1984 jegliche Gewährung von Beihilfen zu Investitionen, die unmittelbar die Milcherzeugung betreffen, verboten.

Bei den Betrieben, die in Gebieten im Sinne von Artikel 3, Absatz 3 der Richtlinie 75/268/EWG oder in Gebieten gelegen sind, die Gegenstand einer gemeinsamen Massnahme im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 sind und in der besondere Massnahmen zur Verbesserung der Struktur der Rindviehhaltung vorgesehen sind, sind die Mitgliedstaaten ermächtigt Investitionsbeihilfen im Bereich der Milcherzeugung unter folgenden Bedingungen zu gewähren:

- die besonderen Bedingungen der gemeinsamen Massnahme müssen beachtet sein;
- die Investition erhöht den Milchviehbestand nicht über 40 Kühe je Betrieb;
- die Futterflächen müssen mindestens 50% der LF des Betriebes ausmachen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel, am

Im Namen des Rates

Vorschlag für eine
ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom

zur Änderung der Entscheidung 76/402/EWG betreffend die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Italien.

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe (1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 82/436/EWG (2), insbesondere auf Artikel 8 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die italienische Regierung hat eine Verlängerung der bis zum 31. Dezember 1983 geltenden Entscheidung 76/402/EWG des Rates vom 6. April 1976 betreffend die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Italien (3), zuletzt geändert durch die Entscheidung 82/437/EWG (4), beantragt.

./. .

(1) ABL. Nr. L 96 vom 23.4.1972, S. 1

(2) ABL. Nr. L 193 vom 3.7.1982, S. 37

(3) ABL. Nr. L 108 vom 26.4.1976, S. 39

(4) ABL. Nr. L 193 vom 3.7.1982, S. 38

Der derzeit in Italien geltende Zinssatz für langfristige Agrarkredite beträgt 19,5% und liegt damit um 6,2% über dem in der Entscheidung 76/402/EWG zugrunde gelegten Satz.

Bei Anwendung eines Zinssatzes von 19,5% und einer Zinsvergütung von 9%, 11% bzw. 12% wäre die Belastung des Begünstigten höher als die in der Richtlinie 72/159/EWG vorgeschriebene Mindestbelastung -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 erhält Artikel 4 der Entscheidung 76/402/EWG folgende Fassung:

"Artikel 4

Diese Entscheidung gilt bis zum 31. Dezember 1984."

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Italienische Republik gerichtet.

Geschehen zu Brüssel, am

Im Namen des Rates
Der Präsident

Vorschlag für eine
ENTSCHEIDUNG DES RATES
vom

zur Änderung der Entscheidung 81/598/EWG über die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Irland.

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe (1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 82/436/EWG (2), insbesondere auf Artikel 18 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die irische Regierung hat eine Verlängerung der Entscheidung 81/598/EWG des Rates vom 27. Juli 1981 über die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Irland (3) beantragt.

Der zur Zeit in Irland geltende Zinssatz hat sich gegenüber dem Stand vom Juli 1981 nicht verringert, und der zu Lasten des Begünstigten verbleibende Satz überschreitet folglich den in der Richtlinie 72/159/EWG festgesetzten Mindestsatz -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

. / .

(1) ABl. Nr. L 96 vom 23.4.1972, S. 1.
(2) ABl. Nr. L 193 vom 3.7.1982, S. 37
(3) ABl. Nr. L 220 vom 6.8.1981, S. 27

Artikel 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 erhält Artikel 5 der Entscheidung 81/598/EWG folgende Fassung:

"Artikel 5

Diese Entscheidung gilt bis zum 31. Dezember 1984."

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an Irland gerichtet.

Geschehen zu Brüssel, am

Im Namen des Rates

Vorschlag für eine
ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom

zur Änderung der Entscheidung 82/438/EWG zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten zur Anhebung der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung.

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe (1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 82/436/EWG (2), insbesondere auf Artikel 8 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die griechische Regierung hat beantragt, die Entscheidung 82/438/EWG des Rates vom 24. Juni 1982 zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten zur Anhebung der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung (3) für Griechenland zu verlängern.

Der zur Zeit in Griechenland geltende Zinssatz hat sich gegenüber dem Stand vom Juni 1982 nicht verringert, und folglich überschreitet der zu Lasten des Begünstigten verbleibende Satz weiterhin den in der Richtlinie 72/159/EWG festgesetzten Mindestsatz -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

./.

(1) ABL. Nr. L 96 vom 23.4.1972, S. 1

(2) ABL. Nr. L 193 vom 3.7.1982, S. 37

(3) ABL. Nr. L 193 vom 3.7.1982, S. 39

Artikel 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1984 erhält Artikel 3 der Entscheidung 82/438/EWG folgende Fassung:

"Artikel 3

Diese Entscheidung gilt bis zum 31. Dezember 1983 und für Griechenland bis zum 31. Dezember 1984."

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Griechische Republik, die Französische Republik, das Grossherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande und das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Nordirland gerichtet.

Geschehen zu Brüssel, am

Im Namen des Rates

FICHE FINANCIERE

- 14 -

DATE :

1. LIGNE BUDGETAIRE : 310

CREDITS : 126,8 millions ECU

2. INTITULE DE LA MESURE : proposition de directive du Conseil modifiant les directives 72/159/CEE, 72/160/CEE et 72/161/CEE, et les propositions de décision du Conseil modifiant les décisions n° 76/402/CEE, 81/598/CEE et 82/438/CEE concernant les niveaux de bonification du taux d'intérêt.

3. BASE JURIDIQUE : Article 43 du Traité.

4. OBJECTIFS DE LA MESURE : prorogation de la durée de la directive 72/159 et des décisions pour une période supplémentaire jusqu'au 30 juin 1984, à l'exception de la décision n° 82/438 dont la prorogation est limitée à la Grèce. Assouplissement de l'accès à l'aide aux investissements par suppression de la conditions concernant l'objectif de revenu.

5. INCIDENCES FINANCIERES	CP/CE	PERIODE DE 12 MOIS	EXERCICE EN COURS (83)	EXERCICE SUIVANT (84)
5.0 DEPENSES A LA CHARGE			-	-
- DU BUDGET DES CE			-	p.m.
(RESTITUTIONS/INTERVENTIONS)			-	-
- DES BUDGETS NATIONALS			-	-
- D'AUTRES SECTEURS			-	-
5.1 RECETTES			-	-
- RESSOURCES PROPRES DES CE			-	-
(PRELEVEMENTS/DROITS DE DOUANE)			-	-
- SUR LE PLAN NATIONAL			-	-
		1985	1986	1987
5.0.1 PREVISIONS DES DEPENSES	MECU	110	63	39
5.1.1 PREVISIONS DES RECETTES		-	-	-

5.2 MODE DE CALCUL : (voir annexe)

6.0 FINANCEMENT POSSIBLE PAR CREDITS INSCRITS AU CHAPITRE CONCERNE DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION XXXXXX

6.1 FINANCEMENT POSSIBLE PAR VIREMENT ENTRE CHAPITRES DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION XXXXXX

6.2 NECESSITE D'UN BUDGET SUPPLEMENTAIRE XXXXXX

6.3 CREDITS A INSCRIRE DANS LES BUDGETS FUTURS XXXXXX

OBSERVATIONS :

- Classification : dépense obligatoire (voir annexe de la déclaration commune du 30 juin 1982)
- Nature de la dépense : remboursement d'une partie des dépenses effectuées par les Etats membres
- Taux du financement communautaire : 25 % sauf pour les aides aux investissements et les primes d'orientation dans le Mezzogiorno, en Grèce et dans l'Ouest de l'Irlande, 50 %.

Estimation des aides aux investissements en l'absence d'un objectif exprimé en termes du revenu comparable.

N.B. : cette estimation est fondée sur l'hypothèse que les Etats membres utilisent au maximum les possibilités offertes par le régime assoupli.

	Grèce/Irlande/Italie		Autres E.M.	
	rég.défav.	rég.norm.	rég.défav.	rég.norm.
Volume annuel d'investissements éligibles (MECU)				
- biens immeubles	108	132	568	2 498
- autres investissements	320	354	1 092	4 185
Taux d'intérêt brut	0 17,5 %	0 17,5 %	0 12,5 %	0 12,5 %
Taux de bonification d'intérêt	0 11 %	0 9 %	7 %	5 %
Equivalent aide en capital				
- biens immeubles (prêt 20 ans)	55 %	45 %	43 %	31 %
- autres investissements (prêt 10 ")	40 %	32 %	28 %	20 %
Dépenses des Etats membres - exprimées en aide en capital pour 6 mois (MECU)	94	86	275	806
Taux de remboursement	0 45 %	0 30 %	25 %	25 %
Dépenses FEOGA (0) (en MECU)				
- valeur "aide en capital"	42	26	69	202

339

- valeur en système mixte :	
remboursée en 1985	110
1986	63
1987	39
1988	38
1989	36
années ultérieures	205

0 = moyenne

FICHE FINANCIERE

DATE :

1. LIGNE BUDGETAIRE : 310

CREDITS : 126,8 millions ECU

2. INTITULE DE LA MESURE : proposition de décision du Conseil visant la suspension temporaire des aides aux investissements dans le secteur de la production laitière.

3. BASE JURIDIQUE : Art. 43 du Traité

4. OBJECTIFS DE LA MESURE : suspension de toute aide aux investissements dans le secteur laitier dans le cadre des plans de développement prévu à la directive n° 72/159.

5. INCIDENCES FINANCIERES CP/CE	PERIODE DE 12 MOIS	EXERCICE EN COURS (83)	EXERCICE SUIVANT (84)
5.0 DEPENSES A LA CHARGE		-	-
- DU BUDGET DES ...		-	-
(RESTITUTIONS/INTERVENTIONS)		-	-
- DES BUDGETS NATIONALS		-	-
- D'AUTRES DESTINATIONS		-	-
5.1 RECETTES		-	-
- RESSOURCES PROPRES DES CE		-	-
(PRELEVEMENTS/DROITS DE DOUANE)		-	-
- SUR LE PLAN NATIONAL		-	-
	1985	1986	1987
5.0.1 PREVISIONS DES DEPENSES	- 44	- 25	- 16
5.1.1 PREVISIONS DES RECETTES	-	-	-

5.2 MODE DE CALCUL : La fiche financière jointe à la proposition de prorogation de la directive 72/159 est fondée sur l'hypothèse d'une prorogation avec assouplissement de l'accès à l'aide. Il est estimé qu'environ 40 % des plans de développement concernent la production laitière*. Ainsi, la suppression des aides dans ce secteur entraîne une économie équivalente à 40 % du coût de la prorogation, tel qu'il a été estimé dans la fiche financière précitée.

* abstraction faite des zones de montagne.

6.0 FINANCEMENT POSSIBLE PAR CREDITS INSCRITS AU CHAPITRE CONCERNE DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION XXXXXX

6.1 FINANCEMENT POSSIBLE PAR VIREMENT ENTRE CHAPITRES DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION XXXXXX

6.2 NECESSITE D'UN BUDGET SUPPLEMENTAIRE XXXXXX

6.3 CREDITS A INSCRIRE DANS LES BUDGETS FUTURS XXXXXX

OBSERVATIONS :

- Classification : dépense obligatoire (voir annexe de la déclaration commune du 30 juin 1982).
- Nature de la dépense : remboursement d'une partie des dépenses effectuées par les Etats membres.
- Part du financement communautaire : 25 % sauf pour les aides aux investissements et les primes d'orientation dans le Mezzogiorno, en Grèce et dans l'Ouest de l'Irlande, 50 %.

FICHE FINANCIERE

- 17 -

Drucksache 38/84

DATE :

1. LIGNE BUDGETAIRE : 311

CREDITS : 1,3 million ECU

2. INTITULE DE LA MESURE : Proposition de directive du Conseil modifiant Les directives 72/159/CEE, 72/160/CEE et 72/161/CEE.

3. BASE JURIDIQUE : Article 43 du Traité.

4. OBJECTIFS DE LA MESURE : prorogation de la durée de la directive 72/160 pour une période supplémentaire jusqu'au 30 juin 1984.

5. INCIDENCES FINANCIERES CP/CE	PERIODE DE 12 MOIS	EXERCICE EN COURS (83)	EXERCICE SUIVANT (84)
5.0 DEPENSES A LA CHARGE		-	-
- DU BUDGET DES CE		-	p.m.
(RESTITUTIONS/INTERVENTIONS)		-	-
- DES BUDGETS NATIONAUX		-	-
- D'AUTRES SECTEURS		-	-
5.1 RECETTES		-	-
- RESSOURCES PROPRES DES CE		-	-
(PRELEVEMENTS/DROITS DE DOUANE)		-	-
- SUR LE PLAN NATIONAL		-	-

	1985	1986	1987	1988
5.0.1 PREVISIONS DES DEPENSES MECU	0,1	0,1	0,1	0,1
5.1.1 PREVISIONS DES RECETTES	-	-	-	-

5.2 MODE DE CALCUL : Les estimations sont basées sur celles des Etats membres relatives à leurs dépenses pour les années 1982 et 1983 et sur l'extrapolation de celles-ci pour l'extension de la période.

	1985	1986	1987	1988
Remboursement (MECU) en	1	0,9	0,8	0,7
- avec prorogation	0,9	0,8	0,7	0,6
- sans prorogation	0,1	0,1	0,1	0,1
- différence (= coût supplémentaire)	====	====	====	====

6.0 FINANCEMENT POSSIBLE PAR CREDITS INSCRITS AU CHAPITRE CONCERNE DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION ~~XXXXXX~~

6.1 FINANCEMENT POSSIBLE PAR VIREMENT ENTRE CHAPITRES DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION ~~XXXXXXX~~

6.2 NECESSITE D'UN BUDGET SUPPLEMENTAIRE ~~XXXXXXX~~

6.3 CREDITS A INSCRIRE DANS LES BUDGETS FUTURS ~~001/XXXX~~

OBSERVATIONS :

- Classification : dépense obligatoire (voir annexe de la déclaration commune du 30 juin 1982)
- Nature de la dépense : remboursement d'une partie des dépenses effectuées par les E.M.
- Part du financement communautaire : 25 %

FICHE FINANCIERE - 18 -

DATE :

1. LIGNE BUDGETAIRE : 312

CREDITS : 5,6 millions ECU

2. INTITULE DE LA MESURE : Proposition de directive du Conseil modifiant les directives 72/159/CEE, 72/160/CEE et 72/161/CEE.

3. BASE JURIDIQUE : Article 43 du Traité.

4. OBJECTIFS DE LA MESURE : prorogation de la durée de la directive 72/161 pour une période supplémentaire jusqu'au 30 juin 1984.

5. INCIDENCES FINANCIERES CP/CE	PERIODE DE 12 MOIS	EXERCICE EN COURS (83)	EXERCICE SUIVANT (84)
5.0 DEPENSES A LA CHARGE		-	-
- DU BUDGET DES CE		-	p.m.
(RESTITUTIONS/INTERVENTIONS)		-	-
- DES BUDGETS NATIONAUX		-	-
- D'AUTRES SECTEURS		-	-
5.1 RECETTES		-	-
- RESSOURCES PROPRES DES CE		-	-
(PRELEVEMENTS/DROITS DE DOUANE)		-	-
- SUR LE PLAN NATIONAL		-	-
	1985	1986	1987
5.0.1 PREVISIONS DES DEPENSES MECU	3,2	-	-
5.1.1 PREVISIONS DES RECETTES	-	-	-

5.2. MODE DE CALCUL :

L'estimation est basée sur celles des Etats membres relatives à leurs dépenses pour les années 1982 et 1983 et sur l'extrapolation de celles-ci pour l'année 1984.

6.0 FINANCEMENT POSSIBLE PAR CREDITS INSCRITS AU CHAPITRE CONCERNE DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION

XXXXXX

6.1 FINANCEMENT POSSIBLE PAR VIREMENT ENTRE CHAPITRES DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION

XXXXXX

6.2 NECESSITE D'UN BUDGET SUPPLEMENTAIRE

XXXXXX

6.3 CREDITS A INSCRIRE DANS LES BUDGETS FUTURS

XXXXXX

OBSERVATIONS :

- Classification : dépense obligatoire (voir annexe de la déclaration commune du 30 juin 1982)
- Nature de la dépense : remboursement d'une partie des dépenses effectuées par les E.
- Part du financement communautaire : 25 % .

FICHE FINANCIERE

DATE :

1. LIGNE BUDGETAIRE : 320

CREDITS : 180 millions ECU

2. INTITULE DE LA MESURE : Proposition de directive du Conseil modifiant les directives 72/159/CEE, 72/160/CEE et 72/161/CEE.

3. BASE JURIDIQUE : Article 43 du Traité.

4. OBJECTIFS DE LA MESURE : L'article 13 de la directive 75/268/CEE est automatiquement prorogé par la prorogation de la directive 72/159/CEE.

5. INCIDENCES FINANCIERES	CP/CE	PERIODE DE 12 MOIS	EXERCICE EN COURS (83)	EXERCICE SUIVANT (84)
5.0 DEPENSES A LA CHARGE			-	-
- DU BUDGET DES CE			-	-
(RESTITUTIONS/INTERVENTIONS)			-	580 MECU
- DES BUDGETS NATIONAUX			-	-
- D'AUTRES SECTEURS			-	-
5.1 RECETTES			-	-
- RESSOURCES PROPRES DES CE			-	-
(PRELEVEMENTS/DROITS DE DOUANE)			-	-
- SUR LE PLAN NATIONAL			-	-
		1985	1986	1987
5.0.1 PREVISIONS DES DEPENSES	MECU	210	-	-
5.1.1 PREVISIONS DES RECETTES		-	-	-

5.2 MODE DE CALCUL : Les estimations sont basées sur celles des Etats membres relatives à leurs dépenses pour les années 1982 et 1983 et sur l'extrapolation de celles-ci pour l'extension de la période.

6.0 FINANCEMENT POSSIBLE PAR CREDITS INSCRITS AU CHAPITRE CONCERNE DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION	XXXXXX
6.1 FINANCEMENT POSSIBLE PAR VIREMENT ENTRE CHAPITRES DU BUDGET EN COURS D'EXECUTION	XXXXXX
6.2 NECESSITE D'UN BUDGET SUPPLEMENTAIRE	XXXXXX
6.3 CREDITS A INSCRIRE DANS LES BUDGETS FUTURS	OUI/XXXX

OBSERVATIONS :

- Classification : dépense obligatoire (voir annexe de la déclaration commune du 30 juin 1982)
- Nature de la dépense : remboursement d'une partie des dépenses effectuées par les E.M.
- Part du financement communautaire : 25 % sauf en Italie, Irlande et Grèce, 50 %.

16.03.84

Beschluß**des Bundesrates**

zum

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinien 72/159/EWG, 72/160/EWG und 72/161/EWG auf dem Gebiet der Agrarstrukturen

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Aussetzung der Investitionsbeihilfen in der Milchproduktion

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 76/402/EWG betreffend die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Italien

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 81/598/EWG über die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Irland

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 82/438/EWG zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten zur Anhebung der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung

KOM(83) 746 endg.

EG-Dok. 4049/84

Der Bundesrat hat in seiner 533. Sitzung am 16. März 1984 im Hinblick auf die Entscheidung des Ministerrates vom 28. Februar 1984 von einer Stellungnahme abgesehen.